

**A N F R A G E** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend       Arbeitsverbot für 40 «Surprise»-Verkäufer

---

Laut Medienberichten sollen dem Strassenmagazin «Surprise» 40 erfahrene Verkäuferinnen und Verkäufer verloren gehen. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) verbietet Asylbewerbern seit November, das Strassenmagazin zu verkaufen. Der Kanton beruft sich bei seinem Verbot auf die sogenannte Branchenregelung, nach der Asylbewerber mit der Bewilligung N nur in der Landwirtschaft und der Pflege arbeiten dürfen. Weil nicht garantiert ist, dass die «Surprise»-Verkäufer den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn erreichen, will das AWA ihnen keine Ausnahmewilligung für den «Verkaufsjob» mehr erteilen. Dieser Entscheid hat nun zur Folge, dass auch vorläufig aufgenommene Ausländer mit der Bewilligung F vom Verbot betroffen sind - obwohl sie in allen Branchen arbeiten dürfen. Eine solche Regelung gibt es offenbar nur im Kanton Zürich. In allen andern Kantonen, wo ebenfalls «Surprise»-Verkäufer auf der Strasse sind, ist der Verkauf auch Asylbewerbern erlaubt. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zum Entscheid des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und zur Tatsache, dass dem Strassenmagazin «Surprise» 40 erfahrene Verkäuferinnen und Verkäufer verloren gehen?
2. Warum hat der Regierungsrat den Ermessensspielraum, der den Verkauf des Strassenmagazins zulassen würde, nicht ausgeschöpft?
3. Wo und wie sollen die «Surprise»-Verkäufer Arbeit und Beschäftigung finden?
4. Wie hoch wird die finanzielle Unterstützung dieser 40 Magazin-Verkäufer sein, wenn sie ihren «Beruf» nicht mehr ausüben können und keine andere Arbeit finden?
5. Ist der Regierungsrat bereit, den Entscheid des Amtes für Wirtschaft und Arbeit rückgängig zu machen oder den Verkauf des Strassenmagazins unter die Kategorie Beschäftigungsprogramm zu stellen?
6. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass Asylbewerber weniger in die Kriminalität abrutschen, wenn sie arbeiten und folglich eine Tagesstruktur haben? Welche Anstrengungen unternimmt der Regierungsrat in dieser Sache?
7. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, das Strassenmagazin «Surprise» anderweitig zu unterstützen, so dass in Zukunft mehr Exemplare zu einem günstigeren Preis verkauft werden könnten?